



Keine Entlassungen in 2009

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Die beiden zentralen Probleme sehr vieler Industrieunternehmen lauten: Auftragseinbruch sowie fehlende Auftrags- und Investitionsfinanzierung. Diese Probleme drohen in eine enorme Beschäftigungskrise umzuschlagen. Die IG Metall kämpft für Beschäftigungssicherung. Sie fordert von Politik, Banken und Unternehmen schnelles und zielgerichtetes Handeln. 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden.

Die IG Metall schlägt zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Stabilisierung der Konjunktur und zur langfristigen Zukunftssicherung ein sieben Punkte Programm vor.

1. Entlassungen verhindern

- Konjunkturkurzarbeit offensiv nutzen, Kurzarbeit mit Qualifizierung verbinden und die Kosten der Konjunktur-Kurzarbeit für Unternehmen reduzieren
- Ausbildungsplätze erhalten - Übernahme sicherstellen und ein Bildungspolitisches Sonderprogramm

2. Leiharbeiter in der Krise schützen

- Beschäftigungspolitische Verantwortung für die Zeitarbeit

3. Unternehmensfinanzierung gewährleisten

- Aufträge sollen nicht an der Vorfinanzierung scheitern, gesunde Betriebe nicht wegen aktueller Liquiditätsengpässe insolvent gehen

4. Konjunktur stabilisieren - Umweltprämie für Alt-Pkws einführen

- Jeder private Fahrzeughalter, dessen Pkw älter als 10 Jahre ist, soll gegen Vorlage eines Verschrottungszertifikats 3.000 Euro staatliche Förderung erhalten

5. Konjunktur stabilisieren - Nachfrageimpuls bewirken

- Ausgabe von Konsumschecks in Höhe von 250 Euro je Person, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 eingelöst werden können

6. Zukunft gestalten: Zukunftsfonds "Arbeit - Bildung - Umwelt"

- Zukunftsfonds der über eine jährliche Zukunftsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf große Geld- und Immobilienvermögen privater Haushalte finanziert wird. Die Anleihe ist befristet und verzinst

7. Zukunft gestalten: Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen ausweiten

- Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die kapitalistische Wirtschaft demokratischere Strukturen braucht. Als erste Konsequenz müssen daher die Unternehmens- und die betriebliche Mitbestimmung erweitert werden